



Aus den Erfahrungen des deutschen Volkes mit „großen Koalitionen“

Ludendorff 1918: ... Kann das nicht Herr Ebert tun?

Der Eintritt der sozialdemokratischen Führer um Brandt und Wehner in die von der Partei der Monopole beherrschte Regierung hat historische Parallelen, die – blättert man in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ jeweils einige Seiten weiter – zu düsteren Prognosen Anlaß geben, sofern nicht diesem Rechtskurs durch die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte in Westdeutschland Einhalt geboten wird.

Als im Herbst 1918 die Krise des deutschen Imperialismus ihren Höhepunkt erreichte und eine revolutionäre Situation heranreife, suchte die herrschende Klasse nach Wegen zur Rettung ihrer Machtpositionen. Mit allen Mitteln bemühte sie sich, die SPD- und Gewerkschaftsführer in die Regierung aufzunehmen, um auf diese Weise der Staatsführung einen demokratischen Anstrich zu geben und die revolutionäre Bewegung aufzufangen. Am 23. September stimmten SPD-Reichstagsfraktion und Parteivorstand mit 55 gegen 10 bzw. 23 gegen 11 Stimmen grundsätzlich für den Eintritt in eine „parlamentarisch-demokratische“ Regierung und bereiteten damit den Übergang von der Burgfriedenspolitik der Kriegszeit (einseitig mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914) zur Koalitions- und Politik des antirevolutionären Terrors der Nachkriegszeit vor. Philipp Scheidemann, Mitglied des Parteivorstandes, und Gustav Bauer, zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, traten am 3. Oktober als Staatssekretäre in das Kabinett des Prinzen Max von Baden ein. Parteivorsitzender Ebert begründete diesen Schritt offen mit den Worten, eine Ablehnung hätte bedeutet, das „weitere Schicksal Deutschlands der Partei der Revolution zu überlassen“.

Er wurde damit, wie auch nach dem 11. November 1918 als Reichskanzler und Volksbeauftragter sowie als Reichspräsident in der Weimarer Republik, den Erwartungen gerecht, die die Monopolherren und Generale in die Führer der SPD gesetzt hatten. „Packen Sie das Volk“, hatte Generalstabschef Ludendorff im Oktober 1918 an die Koalitionsregierung appelliert. „Reißen Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen.“ Mit welcher Januskessensichtum Auftreten die SPD-Führer die Monopole vor der Entmachtung zu bewahren suchten, weisen die beiden nebenehenden Dokumente aus.

Gustav Bauer arbeitete zur Beruhigung des Volkes Vorschläge zur Verbesserung der Kranken- und Sozialversicherung aus, während Ebert telefonisch die Oberste Heeresleitung um Hilfe im Kampf gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten ersuchte und der sozialdemokratische Stadtkommandant von Berlin, Otto Wels, mit der Aufstellung einer antirevolutionären Soldatenwehr begann.

Es kam so, wie es der letzte der Spartakistriebe voraussagte: „Die Scheidemann und Bauer, die jetzt mit einem Kuß auf die Stirn der deutschen Monarchie beginnen, werden noch mit blauen Bohnen gegen streikende und demonstrierende deutsche Arbeiter enden.“

Ansprichts der Krisenzeichen im Gefüge des staatsmonopolistischen Systems beriefen 1965 die westdeutschen Imperialisten die SPD-Führer zu offiziellen Helfern bei der Sicherung ihrer Macht sowie der Durchsetzung ihrer festgetahren Politik der Notstandsdictatur und der Machtexpansion. Der Unterschied zu 1918 besteht aber – abgesehen von den konkreten Umständen – darin, daß es eine DDR, ein Bündnis-system sozialistischer Staaten und die genannten historischen Erfahrungen gibt. Hier liegen die Möglichkeiten, die Parallele abzubrechen.

Aus der Erklärung Philipp Scheidemanns in der Sitzung des Kriegskabinetts am 7. November 1918

„... Das Versammlungsverbot war Anlaß, daß wir die ganze Situation erneut beraten haben. Das Verbot des Oberkommandos, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, hat allgemein Heiterkeit erregt. Es hat denselben Sinn, als ob man verbieten würde, daß es morgen nicht regnen soll. Das Versammlungsverbot hingegen hat wie eine Aufreizung gewirkt. Das ist für uns nicht erträglich. Es hat sich hier wiederum gezeigt, daß von militärischer Seite in anderer Richtung gearbeitet worden ist. Nach der Rücksprache zwischen Ebert und dem Herrn Reichskanzler heute morgen schien es, als ob noch ein modus vivendi gefunden werden könnte, aber durch das Versammlungsverbot und die sich überstürzenden Ereignisse ist das überholt. Die Vorgänge in den Küstenstädten und in Hannover zeigen, daß Teile des Reichs in Revolution stehen. Es kommt hinzu, daß die in Berlin vorgenommenen Maßnahmen wie: Aufpflanzung des Militärs mit Bajonetten, Aufstellung von Maschinengewehren am Lehrter Bahnhof, verblüffend gewirkt haben.“

So ist eine Gesamtsituation entstanden, die uns vor die schwerste Entscheidung gestellt hat. Dem außerordentlich geschickten Eingreifen des Abgeordneten Ebert ist es die letzten Abende noch gelungen, die Massen ruhig zu halten. Jetzt ist das nicht mehr möglich, ohne daß be-

stimmte Forderungen erfüllt werden... Wir haben uns die größte Mühe gegeben, auf die Massen zu wirken. Wenn die Massen in der Kaiserfrage in Bewegung gekommen sind, so sind in erster Linie die bürgerlichen Blätter, wie die Frankfurter Zeitung, es gewesen, die hierzu beigetragen haben. Man kann die Massen auch jetzt noch im Zaum halten, wenn man Konzessionen macht. Was auch das Kabinett für Beschlüsse faßt, die preußische Verwaltung pfeift darauf. Wenn Exzellenz von Pöyner auf die schwere Verantwortung hinweist, die wir tragen, so muß klargestellt werden, daß die schwerste Verantwortung der Kaiser trägt. Er muß seit Wochen wissen, was er zu tun hatte. Es gibt wohl niemanden im Kabinett, dem nicht ein Stein vom Herzen gefallen wäre, wenn der Kaiser rechtzeitig das Richtige getan hätte. Jetzt gibt man ihm schon die Schuld am Kriege. Wenn er gesagt hat, ich weiche nur der Gewalt, so verschlimmert das die Situation. Es ist nicht zweifelhaft, wie das ausgehen muß. Ich weiß nicht, ob die jungen Soldaten schießen würden, die alten tun es sicher nicht... Unsere Überzeugung ist es, daß das Reich zusammenbricht, wenn der Kaiser nicht sofort abdankt. Dankt er ab, so glauben wir die Garantie übernehmen zu können, daß die Entwicklung sich günstig gestalten wird. Wir sind bis heute unseren Zusagen treu geblieben. Wir haben unseren Ruf auf das Spiel gesetzt. Gegen den Prinzen Max hatten wir seinerzeit Bedenken. Damals ist uns gesagt worden, gerade er wird, wenn der

Augenblick gekommen ist, am besten geeignet sein, den entscheidenden Schritt zu tun... Ich mache folgenden Vorschlag: 1. Sofortige Mitteilung des Tatbestandes an den Kaiser. 2. Weder der Reichskanzler noch wir ziehen die äußersten Konsequenzen bis der Waffenstillstand abgeschlossen ist. Ich will versuchen, diesen Vorschlag in meiner Fraktion durchzusetzen, kann aber nicht für die Erfolge garantieren... Ich habe inzwischen den Abgeordneten Ebert gesprochen. Er hat mir mitgeteilt, daß unsere Forderungen auf die Arbeiterschaft außerordentlich beruhigend gewirkt haben. Sie haben versprochen, nichts zu unternehmen, bis die Entscheidung gefallen ist. Sie, meine Herren, und der Herr Reichskanzler müssen doch einsehen, daß wir alles getan haben, was wir konnten, um die Massen bei der Stange zu halten.“ (Hervorhebungen von der Redaktion)

Aufruf des Vorstandes der SPD vom 4. November 1918

„Arbeiter! Parteigenossen! Durch unterschifflose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen. Wie ihr alle wißt, befindet sich die Sozialdemokratische Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, damit diese schleunigst Frieden schließe und im Innern alle bürgerlichen Freiheiten herstelle, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf. Seit dem Eintritt unserer Genossen in die Regierung hat diese an die Gegner ein Angebot gerichtet, das in kürzester Zeit zu Waffenstillstand und Frieden führen muß; das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgesetzt; dem Reichstag die Stellung der

eigentlichen Zentralgewalt im Reich verschafft und das persönliche Regiment beseitigt; die Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt durchgeführt und damit den Militarismus des stärksten Rückhalts beraubt; die Presse- und Versammlungsfreiheit erweitert; Liebknecht und viele andere aus dem Gefängnis befreit. Dies alles genügt uns nicht. Wir arbeiten weiter, um kriegshetzische Strömungen zu bekämpfen und die Demokratisierung Deutschlands bis auf's letzte durchzuführen. Wie ihr alle aus den Zeitungen wißt, hat Genosse Scheidemann im Einvernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge dem Kaiser raten zurückzutreten. Über diese Frage schweben im Augenblick noch wichtige Verhandlungen. Wir fordern euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen. Wir stehen vor den schwersten Entscheidungen, jeden Tag können wir in die Waagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt gilt es aber, ruhig Blut und Disziplin zu wahren und sich von keinerlei Verwirrungsparolen entfangen zu lassen. Je geschlossener ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle militärischen Einsehungen und sonstigen Maßnahmen, die euch beunruhigen, wieder rückgängig gemacht werden, desto sicherer werden wir rasch zu einem dauernden Frieden gelangen, desto ohnmächtiger werden alle Versuche der Reaktion bleiben, sich wieder in den Sattel zu setzen. Aus unbesonnenen Streichen kann einzelnen von euch und der Gesamtheit nur narrenloses Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolge versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen sein. Für solche ist aber jetzt der Augenblick nicht da. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgeht. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“



Zu den Bildern – oben links: Reichstagsitzung vom 4. August 1914, auf der die SPD den Kriegskrediten zustimmte. Oben rechts: Gustav Noske mit Offizieren der Reichswehr, die zur Niederschlagung der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse eingesetzt war. Unten: Strauß, Kiesinger und Brandt als Partner der „großen Koalition“ in Bonn. Foto: Zentralbild/Ardiv